

„Wahlaufuf“

Liebe Genossinnen und Genossen,
die letzten Wochen des Wahlkampfes haben begonnen. Am 24.9.2017 gilt es, unsere Kandidatin **Ute Meiers** mit der Erststimme zu wählen. Sie ist eine von uns! Sprecht bitte mit Freunden, Bekannten und der Familie. Wie super wäre es, wenn endlich eine von uns aus Wesseling im deutschen Bundestag wäre.



5 Gründe für Ute und die SPD

- **Rente:** Keine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters. Beiträge und Rentenniveau bleiben stabil.
- **Arbeit:** Gerechte Löhne und sichere Arbeitsplätze. Sachgrundlose Befristung abschaffen!
- **Bildung:** Gebührenfrei. Von der Kita bis zur Hochschule oder Meister. Rechtsanspruch auf Ganztagsplätze in Kita und Grundschule.
- **Gesundheit:** Gleiche Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Mit der Bürgerversicherung schaffen wir die Zweiklassenmedizin ab.
- **Familie:** Mit dem Familiengeld haben berufstätige Eltern mehr Zeit für ihre Kinder.



>>Aus der Kreistagsfraktion<<

Erwerbsarmut im Rhein-Erft-Kreis

Viele Beschäftigte im Kreis sind auf zusätzliche finanzielle Unterstützung angewiesen. Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Dierk Timm und das Hürther Kreistagsmitglied Klaus Lennartz sind alarmiert von der Antwort des Landrats Michael Kreuzberg auf eine Anfrage bezüglich der Anzahl der Erwerbstätigen, die trotz Arbeit noch Leistungen zur Unterstützung erhalten. Aus ihr geht hervor, dass ein Viertel der betreuten Leistungsberechtigten einer Tätigkeit nachgehen, aber trotzdem finanziell unterstützt werden müssen.

Anzahl betreuter erwerbsfähiger Leistungsberechtigter: 26.384, davon erwerbstätig: 6.687,

davon geringfügig beschäftigt (unter 450 Euro): 47,7%

zwischen 450 u.850 Euro: 18,6%

zwischen 850 u.1200 Euro: 12,6%

über 1200 Euro: 14,3%

(in 7,3% erhielten Selbstständige ergänzende Unterstützung)

„Es wird deutlich, dass auch bei uns im Rhein-Erft-Kreis die sogenannte Erwerbsarmut, trotz leicht positiver Tendenz, ein echtes Problem ist. Mini- und Midijobber machen einen Großteil dieser Unterstützungsempfänger aus. Auch wenn klar ist, dass gar nicht alle davon mehr arbeiten wollen oder können, so wird doch sehr deutlich, dass hier ein Problemschwerpunkt liegt. Solche Arbeit reicht nicht zum Leben“, fasst Dierk Timm die Zahlen zusammen.

„Es ist doch ganz klar, dass es weder den betroffenen Menschen, noch uns als Gesellschaft wirklich weiter bringt, wenn wir aus armen Arbeitslosen arme Arbeitnehmer machen. Denn aus armen Arbeitnehmern werden auch zwangsläufig arme Rentner“, erläutert Lennartz, der die Anfrage verfasst hatte, die Problematik.

Ein Runder Tisch soll überparteilich Lösungsansätze erarbeiten. Deshalb regt die SPD-Fraktion einen runden Tisch mit allen maßgeblichen Akteuren aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Jobcenter an, der sich konkret mit regionalen Lösungsmöglichkeiten beschäftigt. „Wir müssen das Problem jetzt gezielt und durchdacht angehen, damit es nicht so lange weiterwächst, bis es nicht mehr kontrollierbar ist. Dazu sollten wir versuchen, überparteilich und lösungsorientiert zusammen zu arbeiten. Ein runder Tisch bietet dazu die Gelegenheit und ermöglicht auch, über den Tellerrand hinauszublicken und sich Fachwissen aus verschiedenen Bereichen hinzuzuholen“, betont Timm.

Lennartz ergänzt: „Die demografische Entwicklung befeuert das Problem leider noch. Vor allem Altersgrundsicherung und Wohngeld werden die Haushalte der Kommunen immer weiter belasten. Dadurch fehlt dann Geld für Investitionen etwa in Infrastruktur oder Kindergärten. Die Zahlen machen auch deutlich, dass ein guter allgemeiner Trend auf dem Arbeitsmarkt das Problem nur verringert, aber nicht lösen kann.“

Wohnkosten sind ein großes Problem. Dierk Timm macht vor allem auf einen in der Antwort genannten Faktor aufmerksam, der dazu führt, dass Erwerbstätige auch in Vollzeit oftmals Unterstützung benötigen: „Das Jobcenter sagt klar, dass die überdurchschnittlichen Wohnkosten in unserer Region ein wesentlicher Faktor sind, der arbeitende Menschen arm hält. Seit Jahren versucht die SPD-Fraktion, den Kreis dazu zu bewegen, das Problem „bezahlbarer Wohnraum“ endlich anzugehen. Es zeigt sich, dass die fortwährende Passivität nicht weiter tragbar ist. Nicht nur durch die enormen Mieten verarmen arbeitende Menschen.“

Darüber hinaus belasten diese Mieten auch die Kommunen, die Wohnkostenzuschüsse ja aus dem eigenen Haushalt bezahlen müssen. Dies ist ein Bereich, in dem wir endlich handeln müssen. Wir Sozialdemokraten haben wiederholt Vorschläge gemacht und hoffen, dass diese nun endlich aufgegriffen werden.“

>> Zukunftsplan von Martin Schulz <<

Der Zukunftsplan von Martin Schulz Deutschland kann mehr.

Die Menschen in Deutschland haben mehr verdient: mehr Respekt vor ihrer Leistung, mehr Gerechtigkeit und mehr Mut zur Zukunft. Während CDU und CSU zögern, zaudern und streiten, hat Martin Schulz einen klaren Plan:



- In die Zukunft investieren. Weil der Wohlstand unserer Kinder uns genauso wichtig ist wie unser eigener, will Martin Schulz den Staat dazu verpflichten, mehr zu investieren – vor allem in modernere Schulen, bessere Straßen und schnelleres Internet. Statt Steuergeschenke für Reiche will er, dass in unseren Schulen der Putz nicht mehr von der Decke regnet.
- Gerechtigkeit schaffen, Familien entlasten, Chancen stärken. Familie und Beruf sollen doppelte Freude und niemals zweifache Last sein. Martin Schulz will Familien und Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen spürbar entlasten, gegenfinanziert durch eine moderate Mehrbelastung für echte Spitzenverdiener. Die Antwort auf neue Anforderungen in der Arbeitswelt von morgen ist das „Chancenkonto“, mit dem der Staat jedem Einzelnen ermöglicht, sich beruflich weiterzuentwickeln.
- Europa besser machen – für eine solidarische Flüchtlingspolitik. Europa darf nicht weiter auseinanderfallen, sondern muss geeinter und solidarischer werden. Das Mittelmeer darf nicht länger ein Massengrab sein. Daher will Martin Schulz den EU-Haushalt als Solidaritätspakt organisieren: Mitgliedsstaaten, die keine Flüchtlinge aufnehmen, bekommen weniger EU-Gelder. Wer vielen Menschen Schutz bietet, bekommt auch mehr Unterstützung.

Wer die Gegenwart nur verwaltet, verspielt die Zukunft. Deutschland kann mehr. Martin Schulz packt an.

Deshalb am 24. September Zweitstimme für **Martin Schulz!**

Nutzt die Briefwahl. Es geht auch, wenn ihr ins Rathaus geht und dort die Stimme abgibt.

Öffnungszeiten:

Montag:

07:30 Uhr - 16:00 Uhr

Dienstag:

07:30 Uhr - 18:00 Uhr

Mittwoch:

07:30 Uhr - 13:00 Uhr

Donnerstag:

07:30 Uhr - 16:00 Uhr

Freitag:

07:30 Uhr - 12:30 Uhr